

Risiko Feinstaub: Behörde beschwichtigt

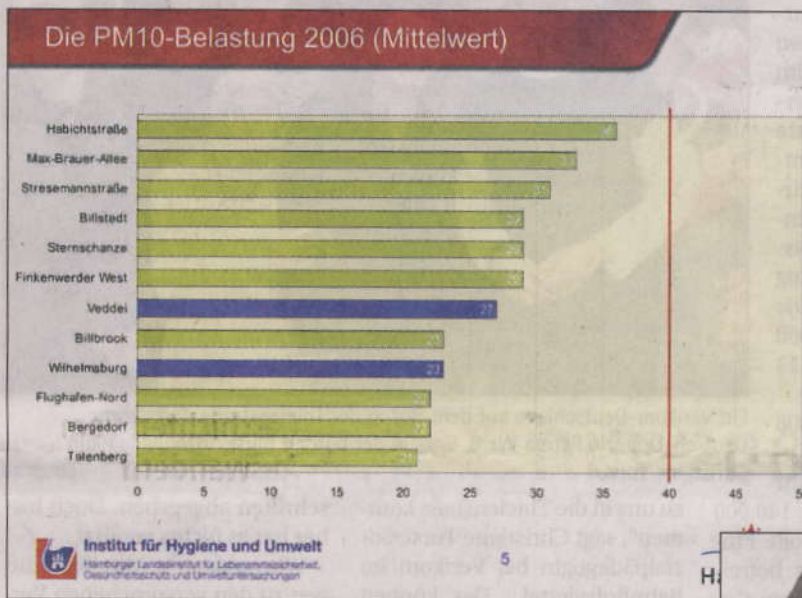
Schadensbegrenzung nach Mediziner-Warnungen. Was sagen die Politiker?

ANGELA DIETZ, WILHELMSBURG

Der geplante Bau des Steinkohlekraftwerks in Moorburg erhitzt die Gemüter weiter. Den Warnungen der Wilhelmsburger Ärzteschaft vor den gesundheitlichen Gefahren durch Feinstaub entgegnete die Umweltbehörde (BSU) mit dem Vorwurf der Panikmache. Mit einer wahren Zahlenflut versucht die Behörde jetzt, die Bevölkerung zu beruhigen.

Unstrittig ist die Gesundheitsbelastung durch Feinstaub: Die Risiken von Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Belastungen steigen. Auch gilt Feinstaub als krebserregend. BSU-Experten glauben jedoch, den in Deutschland und der EU erlaubten Grenzwert von 800 Tonnen Ausstoß pro Jahr deutlich unterschreiten zu können. „Meine Erfahrung mit dem Kraftwerk Tiefstack sagt mir, dass wir hochgerechnet 200 Tonnen pro Jahr schaffen können“, sagt Ewald Kunz, zuständig für das Genehmigungsverfahren des Vattenfall-Kraftwerks.

„Wir kümmern uns auch um die Vorbelastung Wilhelmsburgs und der Veddel“, beteuert Manfred Schmidt, Feinstaub-Experte der BSU. Die Jahresmittelwerte seien 2007 an keiner Stelle Ham-



Die Grafik zeigt die Feinstaub-Belastung 2006 an 12 Hamburger Messstationen. PM 10 ist die Größe der gemessenen Staubteilchen. Grafik: pr

burgs überschritten worden. Der Haken: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) setzte schon 2006 sehr viel niedrigere Werte an und warnte sogar vor erhöhter Sterblichkeit durch Feinstaub. Doch Staatsrätin Herlind Gundelach meint: „Die Untersuchungsergebnisse halte ich nicht für nachprüfbar.“

Was meinen Wilhelmsburger Parteienvertreter in Zeiten des

Wahlkampfes dazu? Metin Hakverdi, SPD-Bürgerschaftskandidat, ist vom Engagement der Wilhelmsburger Ärzte begeistert. „Sie übertreiben überhaupt nicht“, findet er. „Auch wenn wenig aus den Schornsteinen rauskommt, bedeutet das eine Verschlechterung für den Stadtteil.“ Rainer Roszak von den Grünen sieht das ähnlich. „Ich würde mich eher auf die Ärzte verlassen

als auf die Behörde“, sagt er. Jörn Fromman, CDU-Bürgerschaftskandidat, kann die Ärzte nicht verstehen, hält aber den Standort des Kraftwerks für „nicht glücklich“. Fromman: „Mir fehlen vor allem die Alternativen in der Stromerzeugung.“ Außerdem gebe es keine rechtlichen Möglichkeiten, Vattenfall die Genehmigung zu verweigern.



Herlind Gundelach, Staatsrätin der BSU, wirft den Wilhelmsburger Ärzten vor, mit den Ängsten der Leute zu spielen. Foto: ad